

REZA HAJATPOUR

Der kurze Frühling der Freiheit

Iran seit 1979 - eine Geschichte betrogener Hoffnungen

Vor 30 Jahren gingen Millionen Iraner, darunter auch viele junge Theologen, auf die Strasse und forderten ein gerechtes politisches System. Freiheit, Gleichheit und Solidarität waren ihre Parolen. Der geistliche Führer der Revolution von 1978/79, Ayatollah Khomeiny, wurde für viele der Hoffnungsträger einer neuen Ära, die Demokratie statt Despotismus verhies.

Falsche Versprechungen

Khomeiny wandte sich dem einfachen Volk zu, versprach ihm Freiheit und Würde, stärkte bei den ärmeren Bevölkerungsschichten das Selbstwertgefühl, das ihnen unter dem Schahregime verwehrt worden war. «Ich schätze euch Menschen in den Armenvierteln sehr viel höher ein als alle diese Palastbewohner», verkündete er. Dies waren Worte, für die Tausende ihr Leben opferten. Mit

historischem Stolz identifizierte sich das Volk mit dem Glauben eines Klerus, der ihm ein Paradies der Gerechtigkeit und der moralischen Grösse versprach. Niemand hätte geglaubt, dass ein geistlicher Würdenträger wie Khomeiny die Menschen mit religiösem Populismus irreführen könnte. Als Journalisten ihn fragten, ob die Islamische Republik die demokratische Freiheit für das Volk respektieren würde und welche Rolle er in diesem Staat spielen wolle, entgegnete Khomeiny: «Die islamische Regierung ist eine demokratische Regierung im wahren Sinne. Jeder kann seine Meinung äussern. Die islamische Regierung wird allen mit der Logik des Dialoges begegnen. Ich werde keine Aktivitäten in der Regierung übernehmen und so bleiben, wie ich jetzt bin. Ich werde die islamische Regierung nur moralisch begleiten.»

Wer aber Khomeinys Vorlesun-

gen zur «Herrschaft des religiösen Rechtsgelehrten» gelesen hat, der weiss, dass diese Worte nur für die westliche Presse bestimmt waren. Der islamische Staat, den er zu realisieren wünschte, gründete auf einem religiösen Despotismus, vor dem das geistliche Oberhaupt Mirza Hossein Naini schon zur Zeit der Verfassungsrevolution in Iran (1907 bis 1911) gewarnt hatte. Khomeinys Herrschaftslehre erkannte nur einen einzigen Machtanspruch an, den der Herrschaft des religiösen Rechtsgelehrten (velayat-e faqih). Das Gottesrecht sollte über dem Recht des Volkes stehen. Die Errichtung des islamischen Staates wollte er zur individuellen und kollektiven Pflicht machen, denn nur so könne eine islamische Gesellschaft von Fremdherrschaft und verschwörerischer Unterwanderung befreit werden.

Die Hölle der Frommen

Der islamische Gottesstaat war der Preis, den man nach langem Kampf gegen die Monarchie der westlich orientierten Pahlevi-Dynastie errungen hatte. Man dachte nun, Herr seines eigenen politischen Schicksals zu sein, frei von fremden Einflüssen, und glaubte, die Korruption ein für allemal aus dem Land vertrieben zu haben.

Das Volk träumte von einem politischen System, in dem sowohl die persönliche Freiheit geachtet als auch gerechte und humane Lebensverhältnisse für alle Menschen geschaffen würden. Ein Traum, der zum Albtraum wurde. In kürzester Zeit zeigten nämlich die neuen religiösen Machthaber ihre bigotte Seite. Keine Spur von freier Meinungsäusserung, geistiger und politischer Freiheit. Im Land herrschten Terror und Verfolgung. Aus dem «Frühling der Freiheit» wurde der Beginn eines klerokratischen Despotismus, und aus dem Paradies wurde die Hölle der Frommen. Der damals amtierende frei gewählte Präsident Bani-Sadr (1980/81) musste fliehen. Ayatollah Montazeri, der designierte Nachfolger Khomeinys, wurde wegen seiner kritischen Äusserungen isoliert. Die religiösen Minderheiten, vor allem die Anhänger der Bahai-Religion, wurden mit aller Härte bedrängt. Oppositioneller Protest wurde mit Verhaftungen, Folter, Hinrichtungen und im milderen Fall mit Hausarrest beantwortet. Aus der Republik hatte sich nun ein Ein-Gottesmann-Staat entwickelt, ein Land der religiösen Juristen, ein Einparteienstaat der Islamisch-Republikanischen Partei von Ayatollah Khamenei. Man führte

eine systematische «Säuberung» durch, eine Hexenjagd gegen jeden politisch oder moralisch Verdächtigen. Der iranische Staat war erneut tief verstrickt in politische, wirtschaftliche und moralische Korruption.

Schon in der Zeit der provisorischen Regierung Mehdi Bazargans (1979), dem sogenannten «Frühling der Freiheit», zeichneten sich Machtkämpfe unter den Revolutionären ab. Zu Lebzeiten Khomeinys bildeten sich innerhalb des islamisch-republikanischen Lagers verschiedene Faktionen, die um Macht rangen. Einerseits die linksorientierten Hardliner, die Revolutionsrichter und die Revolutionsgarden, andererseits die konservativen Gelehrten des rechten Flügels. Nach dem Tod des charismatischen Führers Khomeiny meldeten sich plötzlich Reformorientierte der geistigen Elite zu Wort. Sie plädierten für eine Liberalisierung des Gottesstaates. Intellektuelle und Schriftgelehrte diskutierten über die Rolle der Religion in der modernen Zeit. Geistliche wie Mujtahid Schabestari, die einst von einer islamischen Utopie träumten, wandten sich von der Republik ab und forderten eine zivile Gesellschaft. Der religiöse Intellektuelle Abdulkarim Soroush, der sich zunächst

aktiv für eine Kulturrevolution eingesetzt hatte, bemühte sich um eine neue und moderne Lesart der Scharia: Die Religion und die religiösen Juristen müssten sich dem Zeitgeist anpassen, und die Macht des Klerus sollte an demokratische Prinzipien gebunden sein. Soroush forderte zusammen mit dem gleich gesinnten Geistlichen Mohsin Kadivar Toleranz gegenüber Andersgläubigen und eine Existenzberechtigung für die religiösen Minderheiten.

Der gescheiterte Hoffnungsträger

Nach der Präsidentschaft Rafsanjanis (1989 bis 1997) gewann überraschend Mohammed Khatami die Präsidentenwahl. Er hatte dem Volk Liberalisierung und Reformen versprochen: Pressefreiheit, einen liberaleren Umgang mit dem äusseren Erscheinungsbild der Frauen, kritischen Dialog mit dem Westen usw. Von Khatami erhoffte man, dass er ein iranischer Gorbatschew würde. In dieser Zeit wurde die Macht der Revolutionsgarde und anderer revolutionärer Hardliner immer mehr aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt. Auch die Autorität des obersten religiösen Führers, Ali Khamenei, schien ihren Glanz zu verlieren. Die Front zwischen Reformisten und Funda-

mentalisten verhärtete sich.

Trotz einigen offenen Debatten wurde aber auch zu Khatamis Zeiten gegen intellektuelle Kritiker und Schriftsteller mit Sanktionen vorgegangen. Selbst die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung erfüllte sich nicht. Und ohnehin war abzusehen, dass diese Liberalisierungsversuche nicht lange anhalten konnten, denn die radikalen Anhänger der Islamischen Republik konnten eine dauerhafte Isolierung von der Macht nicht dulden.

Bei der Parlamentswahl 2004 am Ende von Khatamis Präsidentschaft gewannen wieder die fundamentalistischen Hardliner die Oberhand, und mit der Wahl Mahmud Ahmadinejads zum Präsidenten konnte sich die Revolutionsgarde wieder in die Öffentlichkeit trauen. Es war ein schwerer Rückschlag für diejenigen Kräfte, die sich eine Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft und des Staatssystems in Iran erhofft hatten. Ahmadinejad, ein Mann aus einfachen Verhältnissen, der eine Zeitlang Mitglied der Revolutionsgarde war, konnte sich gegen den geistlichen Pragmatiker Rafsanjani durchsetzen, weil er bei den ärmeren Bevölkerungsschichten, den Arbeitslosen und den alten revolutionären

Gruppierungen in Iran die Hoffnung geweckt hatte, für sie und ihre Ideale zu sprechen. Er trat als Patriot und als wahrer Revolutionär auf und erweckte mit seiner Kritik an den herrschenden Pragmatikern und Korrupten, wie er sie bezeichnete, den Eindruck, für die Interessen des Volkes und des Landes einzustehen.

Ahmadinejad verheimlichte kaum seine politischen Ziele: «islamische Herrschaft» anstelle von «Islamischer Republik». Er stellte alle Reformbemühungen und Liberalisierungsversuche der letzten Jahrzehnte in Frage und propagierte eine Rückkehr zu den Wurzeln der Revolution von 1978/79. Damit waren die Abkehr von der internationalen Gemeinschaft und die Re-Ideologisierung der Islamischen Republik gemeint. Das Ergebnis der letzten fünf Jahre seiner Präsidentschaft sind eine starke Präsenz der Revolutionsgarde und der Volksmiliz in der Öffentlichkeit und im Staatsapparat, die Verhinderung aller Reformbewegungen, die erneute Stabilisierung der früheren revolutionären Machtzentren im politischen System und eine klassische Vetternwirtschaft.

Es geht um mehr als Wahlbetrug

Nun demonstrieren wieder, wie

vor dreissig Jahren, die Menschen auf den Strassen und versammeln sich abends auf den Dächern. Dabei geht es um mehr als den vermuteten Wahlbetrug. Es ist zwar gewiss, dass die etwa 33 Prozent Stimmen für den Reformisten Mir-Hossein Moussavi bei dieser hohen Wahlbeteiligung nicht der wahren Zahl entsprechen können. Offensichtlich ist jedoch, dass die Proteste nicht allein Moussavi und seiner verlorenen Wahl gelten. Was sich in Iran im Moment abspielt, ist vielmehr eine politische Absage an die despotische Macht der religiösen Juristen, an die Präsenz der revolutionären Milizen im Staat. Die neue politische Generation will einen Wechsel, die Rückkehr der Freiheit und eine offene Gesellschaft.

Die jüngsten Proteste sind die erste offene Machtprobe zwischen Volk und Klerus. Die Ereignisse zeigen die Verwundbarkeit des islamischen Systems in Iran. Es war zu erwarten, dass Khamenei keinesfalls nachgeben wird, wie

er dies in seiner Ansprache zum Freitagsgebet letzte Woche auch deutlich gemacht hat. Ihm ist bewusst, dass es bei den Protesten an erster Stelle nicht um den Wahlbetrug geht, sondern um die Infragestellung seiner Herrschaft, die inzwischen selbst von vielen seiner geistlichen Kollegen angezweifelt wird. Sein Auftritt am Freitag war eine offenkundige Machtdemonstration und die Konfrontation seiner neuen, fundamentalistischen Elite mit den Reformkräften und seinen Gegnern in den eigenen Reihen. Ahmadinejad ist Khameneis einzige Hoffnung, seine Position aufrechtzuerhalten und seine Schwäche und weitgehende Isolation zu verbergen.

Nun bleibt zu sehen, wie entschlossen das Volk zu einem Neuanfang ist. Was wird seine nächste Strategie sein, um sein Verlangen nach einem Wechsel zu bekunden und den religiösen Despotismus in ein freiheitliches, demokratisches System zu verwandeln?

Zuerst erschienen in: Neue Züricher Zeitung vom 25.06.2009, S. 23.

Dr. phil. habil. Reza Hajatpour ist Islamwissenschaftler und Privatdozent am Lehrstuhl für Iranistik der Universität Bamberg. Sein Buch „Der brennende Geschmack der Freiheit“ schildert seine Erinnerungen an die islamische Revolution.

